



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE POLNISCHE AMERIKAPOLITIK

### ■ ANALYSE

- Die polnische Amerikapolitik zwischen Irak- und Libyenkrieg 2  
Daria W. Dylla, Köln

### ■ UMFRAGE

- Die polnische Bevölkerung und ihr Verhältnis zu den USA 7  
Die polnische Bevölkerung zur Intervention der NATO in Libyen 12

### ■ CHRONIK

- Vom 21. Juni bis zum 4. Juli 2011 13

*Die nächste Nummer der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, den 6. September 2011.  
Die Redaktion wünscht ihren Lesern eine erholsame Sommerzeit.*

## ANALYSE

## Die polnische Amerikapolitik zwischen Irak- und Libyenkrieg

Daria W. Dylla, Köln

### Zusammenfassung

Seit der Regierungsübernahme bemühen sich Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski konsequent um eine Verankerung der US-Militärinfrastruktur auf polnischem Territorium. Dies signalisiert die strategische Kontinuität der polnischen Amerikapolitik seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Hinsichtlich seiner Taktik vollzieht Polen allerdings eine Kurskorrektur. Diese zeichnet sich durch rhetorische Distanz und einen interessenbasierten Ansatz gegenüber Amerika aus und ist in erster Linie an die polnische Öffentlichkeit adressiert.

Noch vor wenigen Jahren hat Polen seine Position in internationalen Angelegenheiten eng an die Position der USA geknüpft. Diese Tendenz gipfelte in der polnischen Entscheidung, die militärische Intervention im Irak zu unterstützen, die von vielen Kommentatoren als Zeichen einer blinden US-Loyalität Warschaws oder gar als Politik eines nicht vollständig souveränen Staates (Kuzniar 2011) interpretiert wurde.

Acht Jahre später, im Frühjahr 2011, setzte sich Polen mit seiner Libyen-Entscheidung eindeutig in einen politisch-militärischen Gegensatz zu Washington. Beobachtern der polnischen Außenpolitik zufolge vergrößert diese Entscheidung noch zusätzlich die schon seit einigen Jahren sichtbare Distanz Polens zu Amerika (Marcus 2011). Dennoch stellt sich die Frage, ob die polnische Libyen-Entscheidung tatsächlich als Zeichen einer Entfremdung zwischen Warschau und Washington zu deuten ist. Befindet sich die polnische Amerikapolitik auf einem Veränderungskurs, und wenn ja, in welche Richtung führt der Weg?

Außenpolitische Entscheidungen lassen unterschiedliche Interpretationen zu. Eine gute Erklärungsgrundlage für die polnische Amerikapolitik bietet eine Verbindung zwischen sicherheitspolitischen und wahlpolitischen Überlegungen. Der Grund dafür ist, dass auf der einen Seite die geopolitische Lage Polens zwischen den beiden Großmächten Deutschland und Russland eine besondere sicherheitspolitische Sensibilität hervorruft. Zur Sicherung der staatlichen Existenz wird nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien gesucht. Da die militärische Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent für eine Ausbalancierung der Machtverhältnisse innerhalb Europas und gegenüber Russland sorgt, ist eine Verankerung von US-Militäranlagen in Europa aus Sicht Warschaws von entscheidender Bedeutung. Auf der anderen Seite unterliegen außenpolitische Entscheidungen dem internen Überlebensprinzip, d. h. dem Wunsch der Regierenden nach Wiederwahl. Es werden somit solche Entscheidungen vermieden, die der Sicherheit des Staates abträglich erscheinen und die Gesellschaft deshalb in Aufregung versetzen könnten. Um innenpoli-

tisch zu überleben, muss folglich der politische Entscheidungsträger der Bevölkerung glaubhaft vermitteln können, dass er diejenigen Maßnahmen ergriffen hat, die die externen Überlebenschancen des Staates erhöhen. Da Politiker und Bevölkerung häufig über eine unterschiedliche Informationsbasis zur Einschätzung der internationalen Lage verfügen und die Maßnahmen, die Sicherheit gewährleisten bzw. erhöhen, unterschiedlich bewerten, kann das externe Überlebensprinzip mit dem internen Überlebensprinzip in Konflikt geraten. In solchen Fällen ist die Regierung bemüht, Einfluss auf die gesellschaftliche Wahrnehmung zu nehmen. Hierzu wird das sogenannte *Framing* eingesetzt, d. h. eine interpretative Einrahmung der Entscheidungssituation in eine von der gesellschaftlichen Mehrheit erwünschte Richtung. Das Ziel ist, eine von der Regierung sicherheitspolitisch für richtig erachtete Entscheidung der Bevölkerung als solche »verkaufen« zu können. Analysiert man die polnische Entscheidung zum Raketenabwehrsystem und die Nichtbeteiligung Polens an der Libyen-Operation der NATO, lässt sich das Bemühen außenpolitisch agierender Politiker um eine Verbindung des externen und des internen Überlebensprinzips klar erkennen. Dabei wird deutlich, dass sich die Distanz Polens gegenüber Amerika in erster Linie auf der rhetorischen Ebene abspielt und insbesondere an die polnische Öffentlichkeit adressiert ist.

### Die polnische Entscheidung zur Raketenabwehr

Als die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk im Juli 2008 eine Offerte der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen über die Aufstellung einer amerikanischen Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium ein weiteres Mal ablehnte, schien sowohl der Abbruch der Gespräche als auch deren Fortsetzung erst mit einer neuen US-Administration möglich zu sein. Dabei wich die Verhandlungstaktik der Regierung von Donald Tusk von der der Vorgängerregierung von Jarosław Kaczyński entscheidend ab: Während die Regierung Kaczyński den

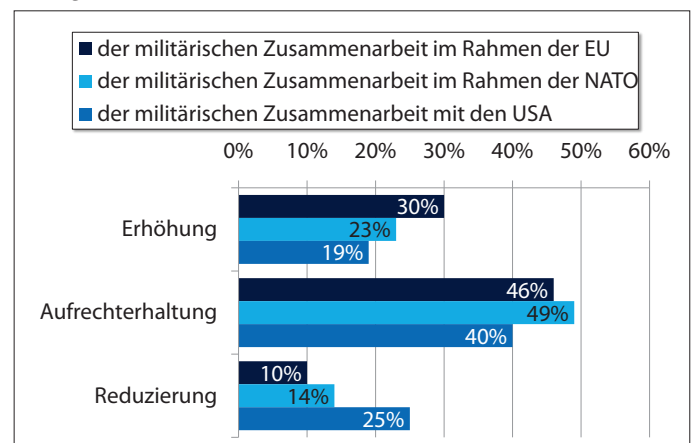
erfolgreichen Verhandlungsabschluss bereits für Ende 2007 geplant und behauptet hatte, dass allein die Stationierung der Abwehrbasis zur Stärkung der polnischen Sicherheit beitragen werde, wies die Regierung Tusk auf eine Verminderung der polnischen Sicherheit durch den US-Abwehrschild hin und beharrte auf einer amerikanischen Gegenleistung für die Aufstellung der Abwehranlage. Als zusätzliche Sicherheitsgarantien forderte die polnische Seite die Stärkung der polnischen Luftverteidigung durch die Stationierung des amerikanischen Luftabwehrsystems vom Typ *Patriot* auf polnischem Territorium sowie eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten. Der Krieg in Georgien im Sommer 2008 erlaubte der Bush-Administration, die polnischen Postulate als innenpolitisch legitim erscheinen zu lassen. Als Konsequenz stimmte Warschau im Raketenabwehrabkommen von 2008 dem Aufbau der amerikanischen Abwehrkomponente auf polnischem Boden zu.

Die veränderte Verhandlungstaktik lässt sich auf das interne Überlebensprinzip zurückführen. Die während der polnisch-amerikanischen Raketenabwehrverhandlungen durchgeführten Meinungsumfragen zeigten, dass die polnische Gesellschaft dem Abwehrschild mit einer Mischung aus Misstrauen und Erwartung begegnete. Zwar lehnte die Mehrheit der Polen dessen Aufbau auf dem eigenen Territorium ab. Dennoch würden die Polen den Schild mehrheitlich akzeptierten, sollten die Amerikaner hierfür konkrete Gegenleistungen anbieten, so eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom 11.4. bis 14.4.2008. Nach einer Umfrage von GfK Polonia (7.3.2008) waren 84 % der Befragten der Meinung, dass Polen dem Weißen Haus harte Bedingungen stellen sollte. Auch wünschte sich die Mehrheit der Polen eine Fortsetzung der Verhandlungen (TNS OBOP für die Tageszeitung *Dziennik*, 9.2.2008).

Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Raketenabwehrabkommens kündigte die Regierung von US-Präsident Barack Obama eine Modifizierung der Abwehrpläne seines Vorgängers Bush an. Die Veränderung wurde in den internationalen Medien als Aufgeben der Pläne dargestellt und mit dem »Reset« Washingtons gegenüber dem Kreml verbunden und vor dem Hintergrund der großen Enttäuschung der polnischen Bevölkerung diskutiert (Gearan/Butler 2009). Abgesehen davon, dass die mediale Darstellung des Themas die Stimmung in der polnischen Öffentlichkeit zu beeinflussen schien, ergibt sich aus der Analyse der tatsächlichen Konsequenzen der veränderten Raketenabwehrpläne für Zentral-europa ein von der medialen Darstellung divergierendes Bild. Mit dem Vorschlag einer neuen Version des Raketenabwehrsystems ist es Obama gelungen, erstens die Beziehungen zu Russland – wenn auch womöglich nur

temporär – zu verbessern, ohne auf die Installation eines Raketenabwehrschildes in Europa zu verzichten, und zweitens das Projekt in der NATO zu verankern. Nach den modifizierten Abwehrplänen soll in Polen anstatt einer ursprünglich geplanten unterirdischen Basis mit zehn Abfangraketen bis 2018 eine landgestützte Version des AEGIS-Systems mit mobilen Abfangraketen mittlerer Reichweite installiert werden. Da es Polen bei den Raketenabwehrverhandlungen weniger um den Schutz gegen eine Bedrohung aus dem Iran als vielmehr um die militärische Präsenz der USA auf dem eigenen Territorium geht, verändert das neue System wenig aus Sicht der polnischen strategischen Zielsetzung (Dylla 2010). Dementsprechend haben die polnischen Verantwortlichen den Vorschlag Obamas auch mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski zufolge beschreibt das Zusatzprotokoll zum Raketenabwehrabkommen eine neue Konfiguration des Abwehrsystems, die »uns besser gefällt als die ursprüngliche Version« (Sikorski 2010). Nach Einschätzung von Staatspräsident Bronisław Komorowski ist das neue Abwehrprojekt viel adäquater und besser an die realen polnischen Bedürfnisse und Möglichkeiten angepasst. Darüber hinaus bedeutet die Akzeptanz des modifizierten Systems von den Allianzmitgliedern auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im Jahr 2010 für das nun »bündnisgemeinsame« Konzept eine zusätzliche Legitimität und demnach erwartungsgemäß auch eine größere Zustimmung der polnischen Bevölkerung. Denn laut Umfragen ziehen die Polen eine militärische Kooperation des Landes im Rahmen der EU bzw. NATO der bilateralen Militärkooperation mit den USA vor:

*Grafik 1: Liegt im polnischen Sicherheitsinteresse eine Erhöhung, Aufrechterhaltung auf bestehendem Niveau oder Reduzierung... (2009)*



Quelle: CBOS, BS/38/2009: *Dziesięć lat w NATO [Zehn Jahre in der NATO]*. Warszawa 03/2009 [Umfrage vom 5.2. bis 11.2.2009].

## Die polnische Entscheidung im Libyen-Konflikt

Da Polen nach Einschätzung polnischer Politiker mit seinem Afghanistan-Einsatz an die Grenzen seiner Belastbarkeit gelangt ist, sei eine Beteiligung an der Libyen-Operation nicht möglich (Tyszkiewicz 2011). Doch angesichts der uneinheitlichen Haltung der transatlantischen Gemeinschaft gegenüber dem Libyen-Einsatz hätte selbst die Entsendung einer kleinen Anzahl von Kampfflugzeugen eine wichtige symbolische Bedeutung gehabt. Die klar ablehnende Position Polens kann vermuten lassen, dass sich das Land bewusst auf die Seite der Gegner eines militärischen Libyen-Einsatzes geschlagen hat. Die Befürchtung, dass Warschau damit nicht nur die Gräben zwischen den NATO-Staaten vertieft, sondern generell auch die Beziehungen zu Washington verschlechtert hat, scheint jedoch unbegründet zu sein.

Eine Spaltung der Allianzstaaten kann im Falle der Libyen-Krise nicht festgestellt werden, da es sich bei dem Militäreinsatz in Libyen zweifellos um eine britisch-französische Initiative handelt, die auf Drängen von Paris entstand und mit Unterstützung Washingtons ermöglicht wurde. Eine Führung des Libyen-Einsatzes unter dem Bündnisschild klingt genauso euphemistisch wie die Bezeichnung der veränderten Raketenabwehrpläne als »bündnisgemeinsames« Projekt. Im Vergleich zu den heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irakkrieges 2003 fielen die Diskussionen zur Übernahme eines NATO-Mandats im Zusammenhang mit dem Libyen-Konflikt auch deutlich moderater aus. Einen Beitrag dazu leistete nicht zuletzt die unklare Position der USA am Anfang der Libyen-Krise wie auch insgesamt ein deutlich geringeres Interesse der Amerikaner an einem weiteren Krieg in der arabischen Region. Für Warschau war von Anfang an klar, dass Washington mehr Wert auf die Abgabe des Führungskommandos an die NATO als auf die Kohärenz der Allianz legen würde. In dieser Situation konnte es also nicht zu einer Gefährdung der polnisch-amerikanischen Beziehungen kommen. Denn anders als im Falle des Irakkrieges war der Libyen-Einsatz kein Plebiszit für oder gegen die Aufrechterhaltung der »europäischen« Supermacht USA. Eine Nichtbeteiligung bedeutete allenfalls einen Affront gegenüber den Großmachtambitionen Frankreichs. Außerdem hätte angesichts der Ambivalenz der amerikanischen Position und der klaren Ablehnung einer Beteiligung am Libyen-Einsatz seitens Deutschlands sowie einer anfänglichen Blockadehaltung des relevanten Allianzmitglieds Türkei ein symbolisches Engagement Polens kaum zu einer größeren Kohärenz der NATO beitragen können (Dylla 2011).

So scheint das externe Überlebensprinzip durch die polnische Nichtbeteiligung an der Libyen-Operation nicht gefährdet zu sein. Angesichts der im Herbst 2011

bevorstehenden Parlamentswahlen in Polen und der klaren Ablehnung eines polnischen Militärengagements in Libyen von seiten der polnischen Bevölkerung könnte eine Beteiligungszusage jedoch das interne Überleben der politisch Verantwortlichen in Gefahr bringen. Zwar wurde die Libyen-Operation von der Mehrheit der polnischen Befragten als richtig bewertet. Dennoch waren 88 % der Polen gegen eine Entsendung polnischer Soldaten in die Krisenregion (CBOS, 7.4.–13.4.2011, siehe Grafik 10 im Anhang). Darüber hinaus stieg laut CBOS-Umfrage im Jahr 2009 die Anzahl derjenigen, die meinen, dass die Beteiligung Polens an Militäraktionen der NATO in erster Linie von polnischen Interessen abhängig gemacht werden sollte, von 69 % im Jahr 2007 auf 80 % im Jahr 2009. Da eine klare Mehrheit der Polen (79 % im November 2010) weiterhin das militärische Engagement polnischer Soldaten in Afghanistan ablehnt, könnte eine weitere militärische Operation mit der Beteiligung des polnischen Militärs die Regierung von Donald Tusk einige Wählerstimmen kosten.

Außerdem zeigen die Umfragen, dass die Polen immer skeptischer gegenüber der Führungsrolle der USA in der internationalen Politik werden: Während 2002 noch 64 % der polnischen Befragten eine amerikanische Vorherrschaft als wünschenswert empfanden, waren es 2010 nur noch 46 %. 41 % der Polen betrachteten die amerikanische Führungsrolle als nicht erwünscht (Transatlantic Trends 2010).

Bei einer klaren Ablehnung eines militärischen Engagements im Libyen-Konflikt und der gleichzeitigen Zusage Warschaws, sich an humanitären Hilfsaktionen in Nordafrika zu beteiligen, könnte Warschau während seiner EU-Ratspräsidentschaft (seit 1. Juli 2011) die Rolle eines Vermittlers zwischen der EU und der arabischen Welt übernehmen – eine Chance, die eine militärische Einmischung verspielen würde. Da Polen weltweiten Respekt für seine Transformationsleistungen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems genießt und außerdem nicht das Stigma eines ehemaligen Kolonialstaats trägt, wurde sein Beratungspotential bei den Transformationsprozessen in den arabischen Ländern inzwischen nicht nur von den EU-Staaten, sondern auch von Amerika erkannt. Dies hat Barack Obama während seiner Polenreise auch mit Nachdruck betont. Solche Gesten führen klar zu einem Gefühl der Aufwertung Polens auf internationaler Ebene und dadurch zur Akzeptanz der Außenpolitik der polnischen Regierung, was sich nicht zuletzt konkret im Wahlverhalten im Herbst ausdrücken mag.

## Barack Obama in Warschau

Der zweitägige Besuch des US-Präsidenten in Polen im Mai 2011, wo er mit den 20 Staatspräsidenten aus Zen-



tral- und Osteuropa zusammenkam, hatte zweifelsfrei eine symbolische Bedeutung. Es sollte unter anderem demonstriert werden, dass der »Reset« mit Russland nicht auf Kosten der mitteleuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten geht, über die Washington weiterhin seinen Sicherheitsschirm aufrechterhalten will. Doch spielte sich die Obama-Visite nicht nur auf symbolischer, sondern auch durchaus auf praktischer Ebene ab und wurden konkrete Pläne einer engeren ökonomischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Polen und den USA diskutiert.

Die ökonomische Dimension der polnisch-amerikanischen Beziehungen dominiert seit einiger Zeit eine Diskussion über die Nutzung amerikanischer Technologien zur Erschließung der polnischen Schiefergasvorkommen. Laut *U.S. Energy Information Administration* vom April 2011 soll Polen das europaweit an Schiefergasvorkommen reichste Land sein. Inzwischen haben fünf amerikanische Unternehmen Konzessionen für die Suche nach dem Rohstoff erhalten. Selbst wenn der polnische Staatspräsident Komorowski die polnisch-amerikanischen Gasförderpläne als rein wirtschaftliche Angelegenheiten bezeichnet, ist eine klare Unterstützung von Barack Obama für das Projekt aus politischen Gründen nicht unbedeutend. Insgesamt steht zu erwarten, dass sich der Besuch Obamas in Polen – eines von nur drei Ländern auf seiner einwöchigen Europareise – auf die Sichtbarkeit des Landes für US-Investoren auswirken wird.

Die Diskussion über eine militärische Kooperation zwischen Warschau und Washington wurde diesmal weniger durch die Beteiligung Polens an dem Raketenabwehrschild dominiert – wenngleich der Wille zur Durchführung dieses Projektes von beiden Präsidenten in Warschau bestätigt wurde – als durch eine geplante Zusammenarbeit der amerikanischen und polnischen Luftstreitkräfte. Diese wurde bereits im Dezember 2010 während des Besuchs von Staatspräsident Komorowski in Washington angekündigt. Ein entsprechendes *memorandum of understanding* wurde Mitte Juni 2011 in Warschau unterzeichnet. Dies kann nicht zuletzt als Konsequenz der im Sommer 2008 zwischen Polen und den USA unterzeichneten Deklaration über eine gemeinsame strategische Zusammenarbeit interpretiert werden, die auch den Abschluss mehrerer bilateraler Abkommen vorsieht. Gemäß der Vereinbarung vom Juni 2011 soll auf polnischem Territorium ab Ende 2012 eine etwa 20-köpfige US-Mannschaft dauerhaft stationiert werden. Die amerikanischen Kampfflzeuge F-16 und Transportflugzeuge Hercules C-130 sollen ab 2013 rotationsweise zu Trainingszwecken nach Polen entsandt werden. Die polnisch-amerikanischen Übungen würden dann vier Mal im Jahr für etwa je zwei Wochen mit dem Zweck durch-

geführt werden, die vollkommene Interoperabilität der polnischen Piloten mit den NATO-Spezialkräften zu erlangen. Beide Seiten schließen dabei nicht aus, dass die Anzahl des Personals wie auch die der Militärflugzeuge mit der Zeit erhöht wird.

Die militärische Präsenz der Amerikaner auf polnischem Territorium fing im Mai 2010 mit der Entsendung einer Patriot-Batterie inklusive einer 120-köpfigen US-Begleitmannschaft an. Ob das Luftabwehrsystem nach 2012 in Polen dauerhaft stationiert wird, bleibt noch offen. In diesem Zusammenhang kann auf der einen Seite darauf hingewiesen werden, dass die Patriot-Batterie von größerer Bedeutung für die polnischen Abwehrfähigkeiten ist als gemeinsame Schulungen von amerikanischen und polnischen Luftstreitkräften. Das Patriot-System, das später entweder an Polen übergeben oder von Warschau zu günstigen Konditionen gekauft werden soll, wurde von der polnischen Seite als Anfang für den Aufbau eines polnischen Abwehrsystems behandelt. Da Polen zwar über ein (veraltetes) Luft-, aber kein Raketenabwehrsystem verfügt, scheint dessen Aufbau mit Hilfe der Amerikaner für Polen von hoher Relevanz zu sein. Auf der anderen Seite muss die neue amerikanisch-polnische Deklaration in einem größeren Kontext gesehen werden, und zwar vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse im Rahmen der NATO und der *Balancing*-Tendenzen des »Alten Europa« gegenüber den USA, was die Militärpräsenz Amerikas in den westeuropäischen Ländern eines Tages in Frage stellen kann. Eine schrittweise logistische Verankerung amerikanischer Streitkräfte in Zentraleuropa und die Vertrautheit mit dessen Luftraum ist somit für Washington von nicht geringem Interesse. Die Erreichung der Interoperabilität mit den NATO-Mitgliedern oder eine bessere Koordination während der Afghanistan-Mission durch gemeinsame Übungen könnten dabei eine nach außen vertretbare Begründung für eine verstärkte militärische Kooperation zwischen den USA und Polen liefern. Nachdem Polen 2009 das SOFA-Abkommen (*Status of Forces Agreement*) unterzeichnet hatte und einige Monate später in der Gastgeberrolle für gemeinsame Luftwaffenmanöver mehrerer NATO-Staaten unter US-Kommando auftrat, hat der US-Botschafter in Warschau, Lee Feinstein, Polen als ein potentiellles Zentrum der Zusammenarbeit der NATO-Luftstreitkräfte bezeichnet (Wroński 2011). Das Memorandum verdeutlicht nicht zuletzt den Spagat der Obama-Administration zwischen der Besänftigung Russlands auf der einen Seite und einem steigenden militärischen Engagement in der ehemals sowjetischen Einflussphäre auf der anderen Seite. Es ist ein klares Signal an Moskau wie auch an die zentral- und osteuropäische Öffentlichkeit, dass Obama trotz Bemühungen, die Beziehungen zu Moskau zu verbessern, nicht

nur Europa weiterhin als wichtigen Partner betrachtet und sich für seine Sicherheit verantwortlich zeigt, sondern auch bereit ist, in den neuen NATO-Staaten seine militärische Präsenz aufzubauen.

### Fazit

Insgesamt betrachtet lässt sich feststellen, dass sich die polnische Amerikapolitik in der Tat auf einem Veränderungskurs befindet. Dieser wird allerdings nicht auf strategischer Ebene vollzogen, da Polen nach wie vor an einer noch engeren Zusammenarbeit mit den USA und einer noch tieferen Verankerung der US-Militärinfrastruktur auf dem eigenen Territorium äußerst interessiert ist. Vielmehr lässt sich die Veränderung auf rhetorischer Ebene sowie in einem pragmatischeren, interessenorientierten Ansatz Warschaus gegenüber Amerika sehen. Während

des Besuchs von Obama in Polen wurden diese beiden Ebenen zum Ausdruck gebracht. Das konsequente Balancieren scheint eine überlegte Taktik der Duetts Tusk-Sikorski zu sein. Sollte ein schrittweiser, langfristig angelegter Aufbau von US-Militäranlagen auf polnischem Boden tatsächlich Realität werden, würde dies mit der polnischen Sicherheitsstrategie vollkommen übereinstimmen. Vor dem Hintergrund einer Öffentlichkeit, die eine bilaterale Zusammenarbeit mit den USA immer skeptischer betrachtet und die nach einer Umfrage vom Juni 2009 mit 73 % keine Gefahr für die polnische Souveränität sieht (CBOS 28.5.–2.6.2009), müsste in die Begründung des externen Überlebensprinzips jedoch intensiv investiert werden. Dies wäre allerdings nicht nur die Aufgabe der polnischen Regierung, sondern auch eine der amerikanischen *Public Diplomacy*.

### Über die Autorin:

Dr. Daria W. Dylla ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Analyse der Außen- und Sicherheitspolitik, die transatlantischen Beziehungen sowie die polnische und die deutsche Außenpolitik.

Ihre neuesten Veröffentlichungen sind:

»How to Attract Voter Attention? The Emergence of the Political Agenda and the Issue Management Model«, in: *Journal of Political Marketing*, 3/2011, (mit Thomas Jäger) »Diplomatischer Erfolg und kommunikatives Desaster: Die Raketenabwehrpläne der USA«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2010.

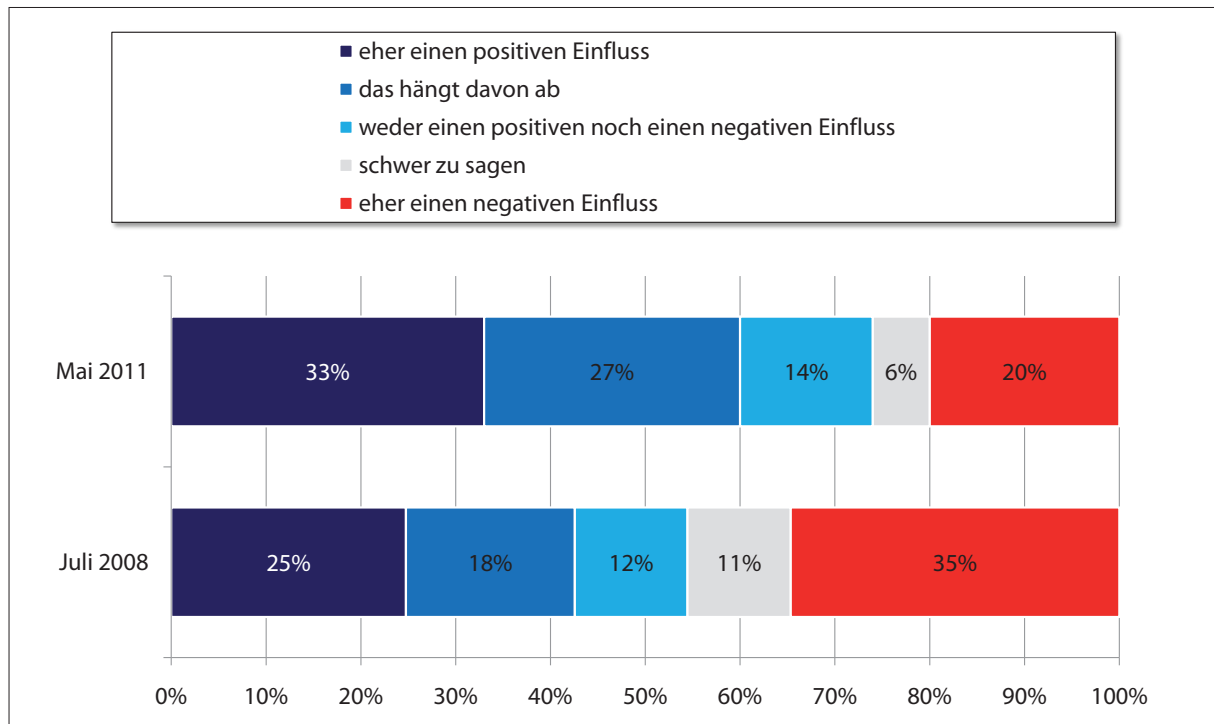
### Zitierte Quellen:

- CNN, Obama praises Poland, blasts Belarus during trip, 28.5.2011.
- Dylla, Daria W., The Polish Missile Defence Decision – A Review in Light of the »Scrapping« of the Bush-era Missile Defence Plans, in: *Central European Journal of International & Security Studies*, 4(2)/2010, <http://cejiss.org/articles/vol4-2/2/>.
- Dylla, Daria W., Poland, Libya, and NATO, *Atlantic Council*, 3.6.2011.
- Gearan, Anne/Butler, Desmond, 'Obama scraps Bush's European missile defence plan', *Associated Press*, 17.9.2009.
- Komorowski, Bronisław, Interview für das Polnische Radio, 27.5.2011.
- Kuźniar, Roman, Interview für *Gazeta Wyborcza*, 27.5.2011.
- Marcus, Jonathan, President Barack Obama's fence-mending with Poland, *BBC*, 27.5.2011.
- Sikorski, Radosław, zitiert nach PAP (Polnische Presse Agentur): Druga umowa o tarczy. »Jeszcze lepsza«, 29.6.2010.
- Tyszkiewicz, Robert, Interview für das Polnische Radio, 21.3.2011.
- Wroński, Paweł, Przylecą do nas Amerykanie, *Gazeta Wyborcza* 14.6.2011.

## UMFRAGE

## Die polnische Bevölkerung und ihr Verhältnis zu den USA

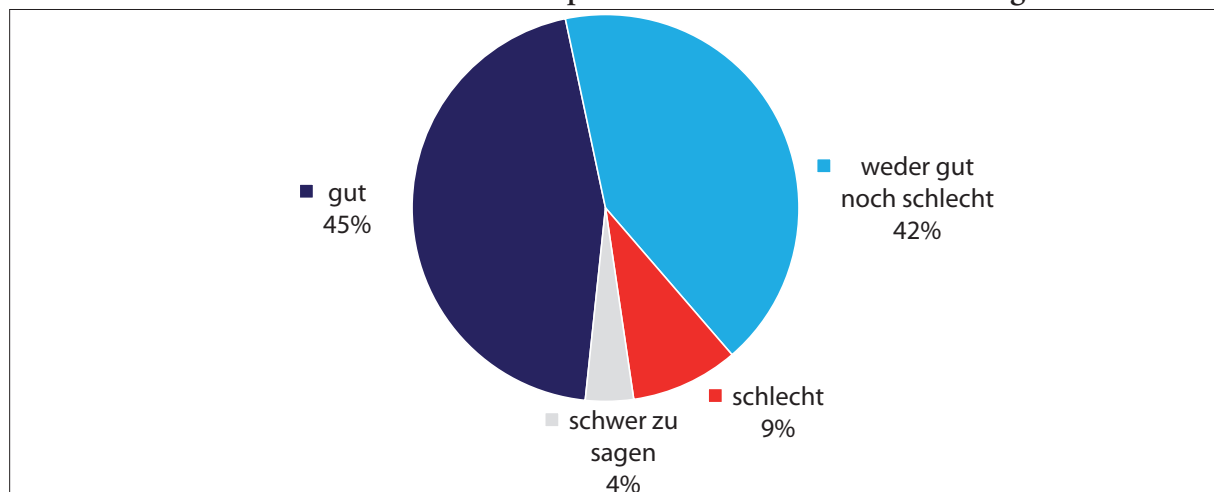
**Grafik 1:** Haben die USA im Allgemeinen einen positiven oder einen negativen Einfluss auf die Welt?



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

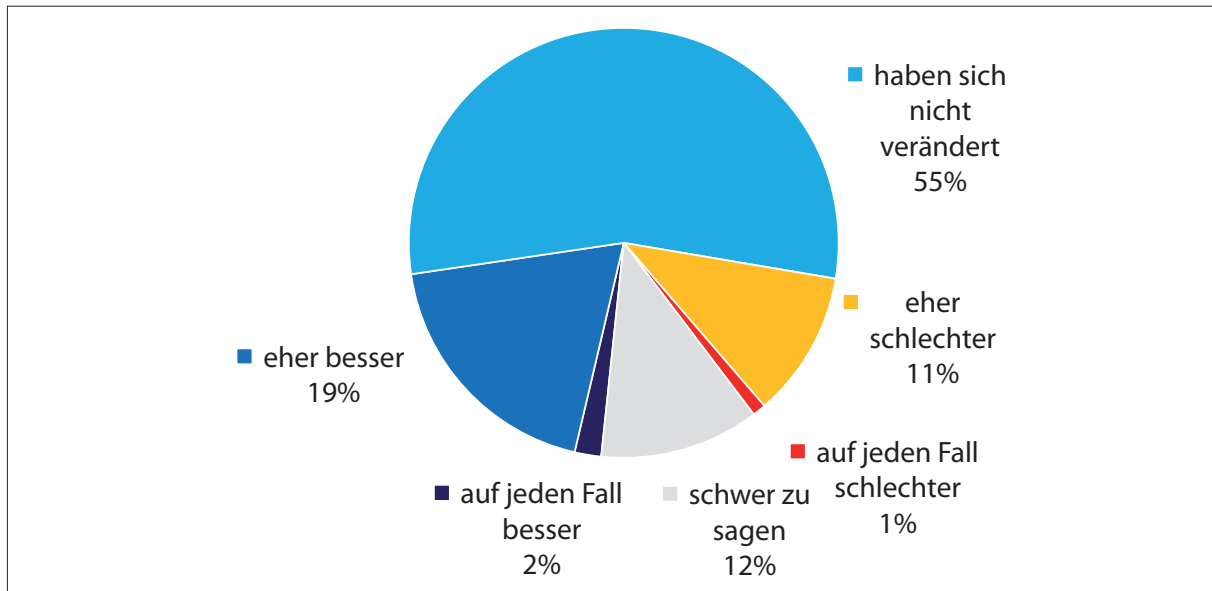
**Grafik 2:** Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-amerikanischen Beziehungen?



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

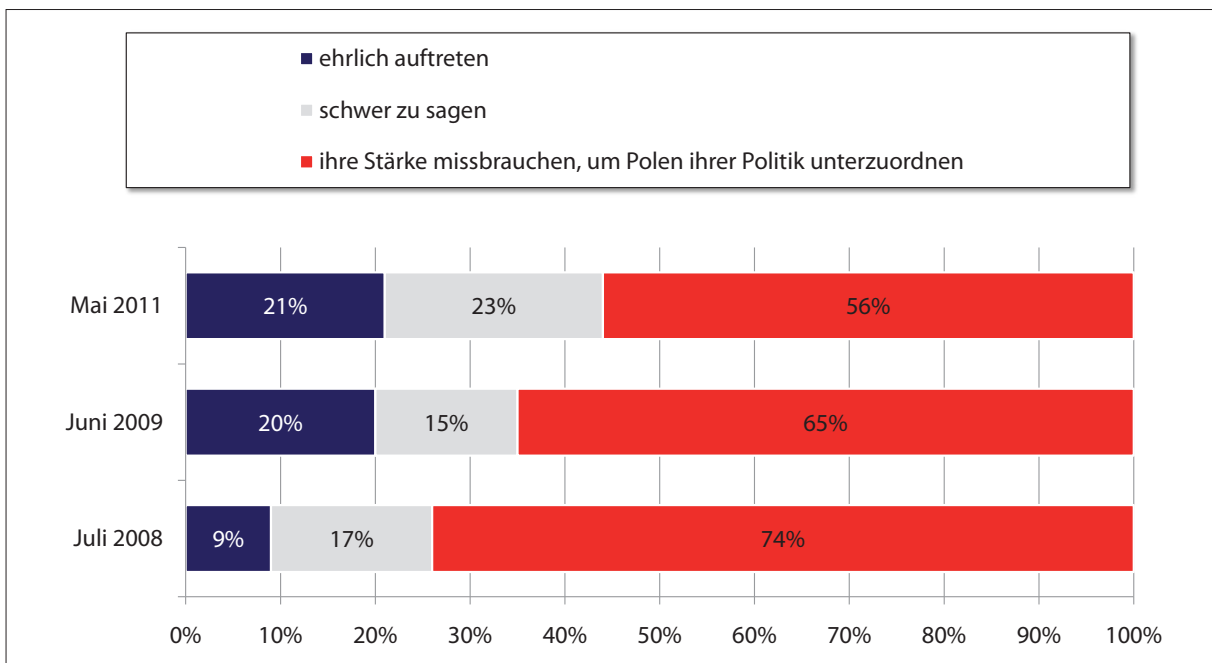
**Grafik 3: Sind die polnisch-amerikanischen Beziehungen unter der Präsidentschaft von Barack Obama besser oder schlechter als zur Zeit der Präsidentschaft von George W. Bush?**



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 4: Finden Sie, dass die USA im Verhältnis zu Polen...**

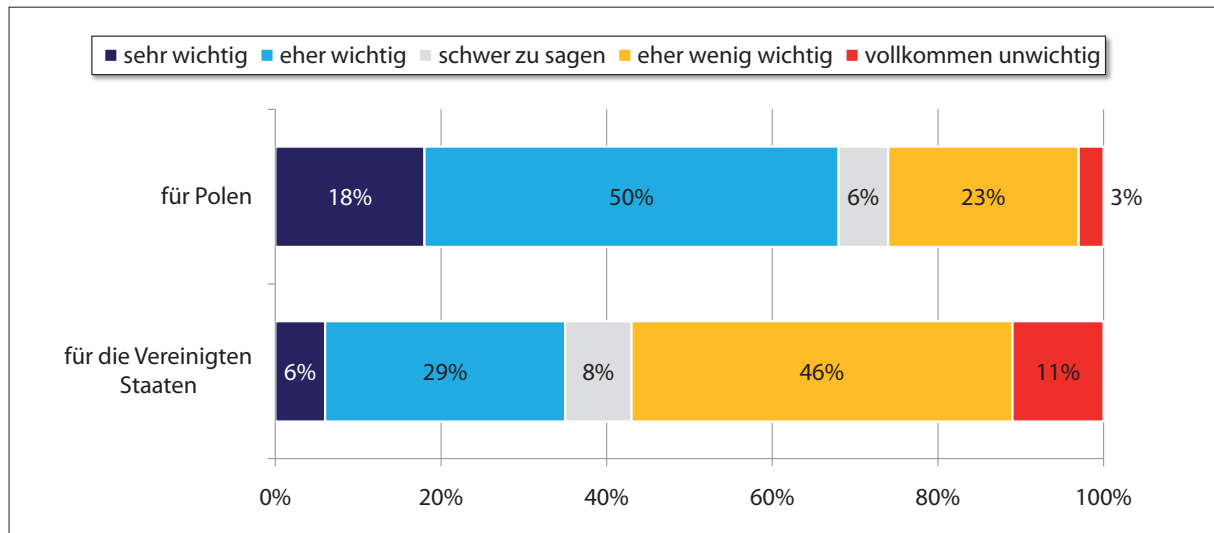


Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)



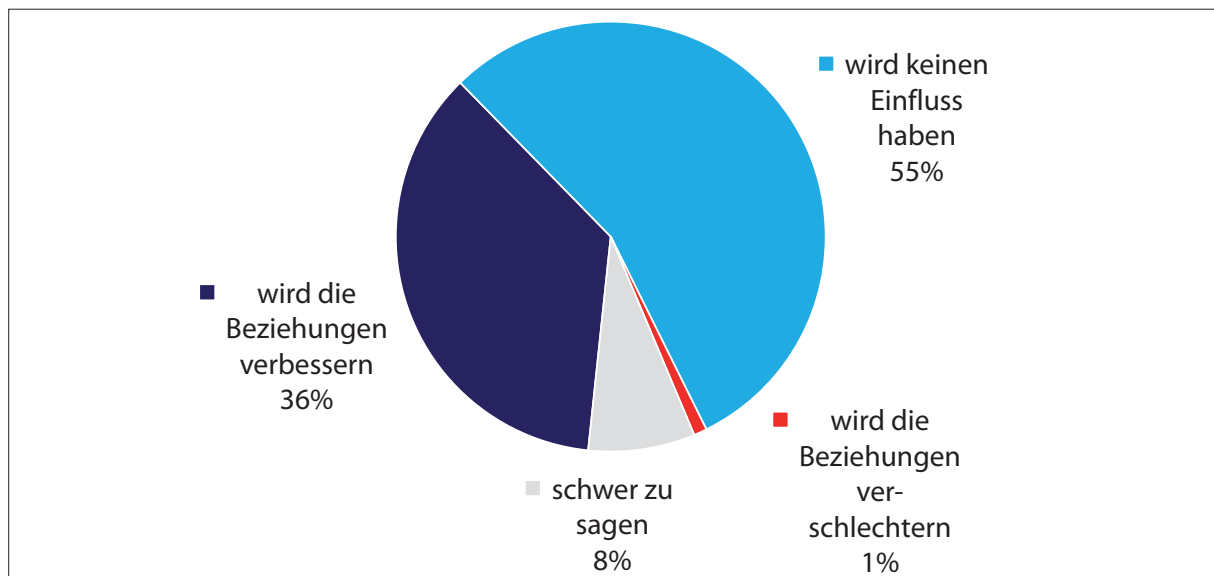
**Grafik 5: In Kürze wird US-Präsident Barack Obama Polen besuchen. Welchen Stellenwert wird dieser Besuch haben?**



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

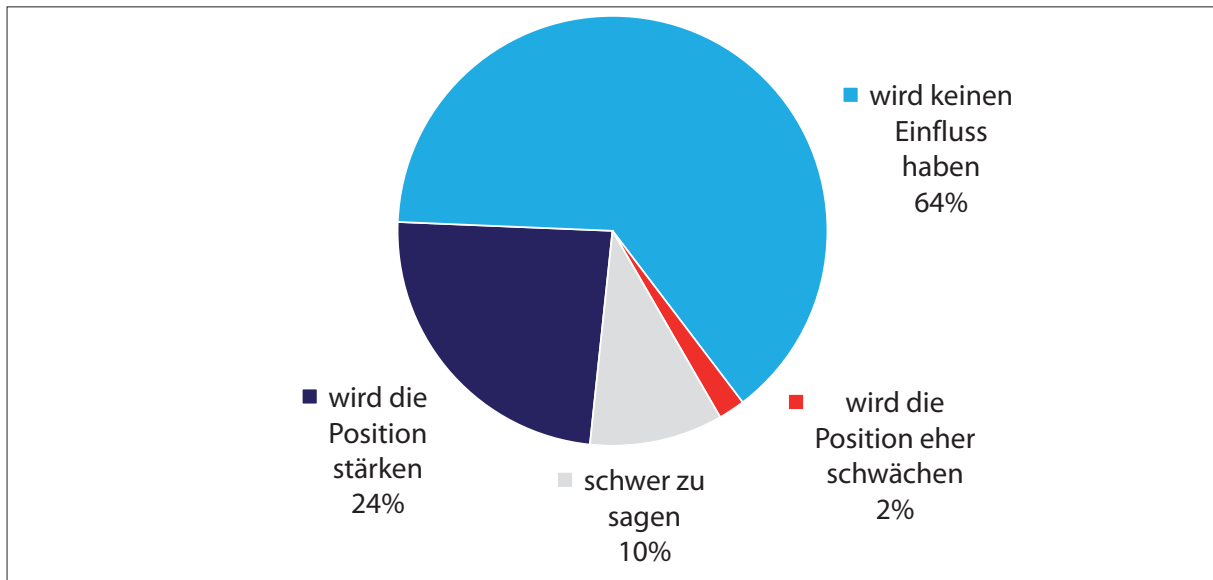
**Grafik 6: Welchen Einfluss wird der Besuch von US-Präsident Barack Obama in Polen auf die polnisch-amerikanischen Beziehungen haben?**



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

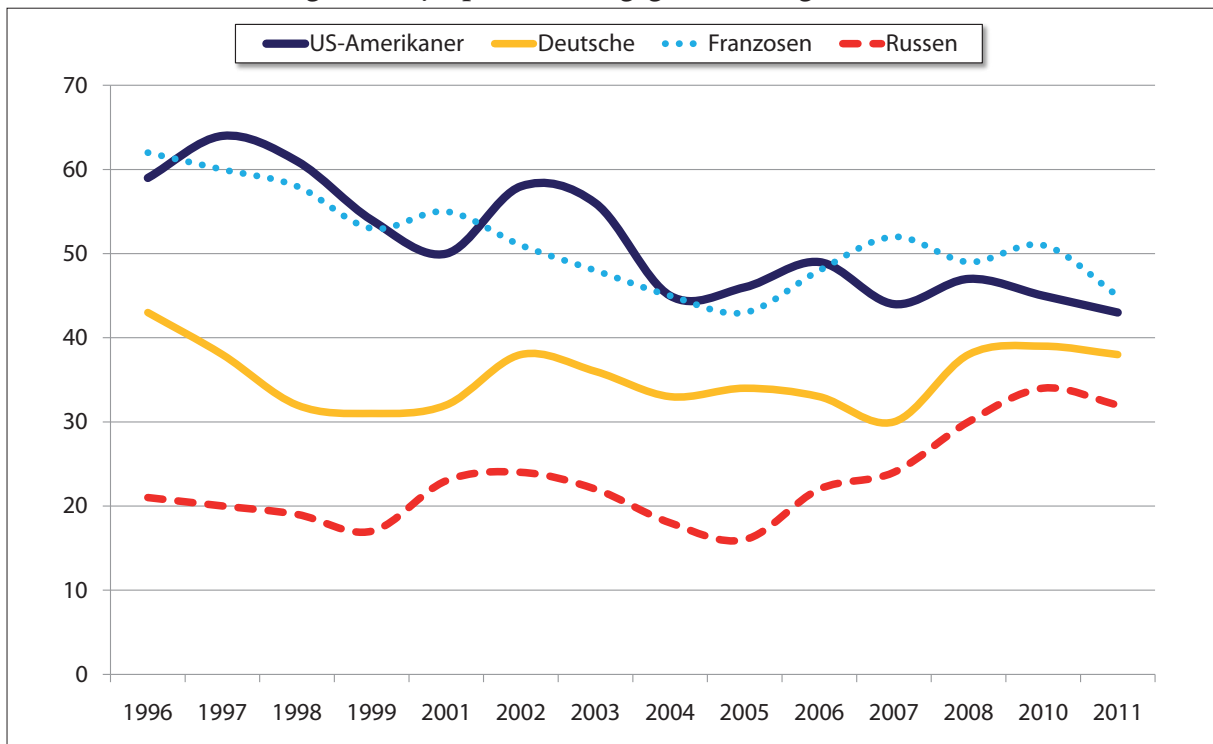
**Grafik 7: Welchen Einfluss wird der Besuch von US-Präsident Barack Obama in Polen auf die Position Polens in der Europäischen Union haben?**



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 8: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (%)**



Anm.: Durchführung der Umfrage: 5.–11. Mai 2011.

Quelle: CBOS, BS/61/2011: Polacy o zbliżającej się wizycie prezydenta Baracka Obamy [Die Polen über den bevorstehenden Besuch von Präsident Barack Obama]. Warszawa 05/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

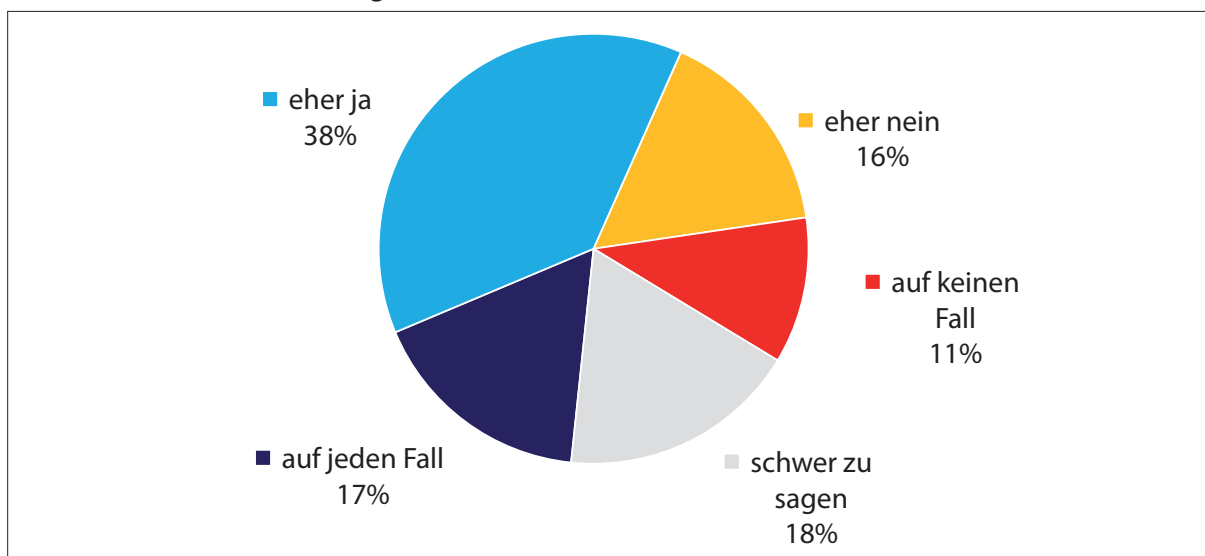
Tabelle 1: Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (%)

|                            | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2010 | 2011 |
|----------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| <b>US-Ame-<br/>rikaner</b> | 59   | 64   | 61   | 54   | 50   | 58   | 56   | 45   | 46   | 49   | 44   | 47   | 45   | 43   |
| Araber                     | -    | -    | -    | -    | -    | 16   | 13   | 11   | 8    | 9    | 12   | 21   | 24   | 23   |
| Belarussen                 | 21   | 22   | 19   | 18   | 26   | 26   | 22   | 21   | 18   | 23   | 27   | 34   | 34   | 31   |
| Briten                     | 51   | 55   | 50   | 45   | 44   | 51   | 49   | 46   | 50   | 50   | 53   | 51   | 50   | 44   |
| Bulgaren                   | 23   | 23   | 20   | 20   | 25   | 26   | 24   | 22   | 19   | 24   | 29   | 35   | 37   | 33   |
| Chinesen                   | -    | -    | 21   | 19   | 22   | 26   | 22   | 20   | 16   | 18   | 22   | 31   | 29   | 31   |
| Deutsche                   | 43   | 38   | 32   | 31   | 32   | 38   | 36   | 33   | 34   | 33   | 30   | 38   | 39   | 38   |
| Esten                      | -    | -    | -    | -    | 24   | 31   | 28   | 26   | 21   | 28   | 30   | 33   | 35   | 33   |
| Franzosen                  | 62   | 60   | 58   | 53   | 55   | 51   | 48   | 45   | 43   | 48   | 52   | 49   | 51   | 45   |
| Georgier                   | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | 27   | 35   | 32   | 34   |
| Griechen                   | -    | -    | -    | -    | 43   | 44   | 45   | 44   | 41   | 47   | 49   | 46   | 47   | 43   |
| Iren                       | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | 39   | 43   | 49   | 54   | 47   | 46   | 40   |
| Italiener                  | 62   | 63   | 55   | 53   | 54   | 54   | 53   | 50   | 52   | 52   | 51   | 54   | 52   | 47   |
| Kroaten                    | -    | -    | -    | -    | 25   | 29   | 28   | -    | -    | -    | -    | -    | 40   | 36   |
| Letten                     | -    | -    | -    | -    | 26   | 29   | 29   | 29   | 25   | 29   | 30   | 33   | 33   | 31   |
| Litauer                    | 36   | 36   | 29   | 30   | 36   | 38   | 36   | 38   | 32   | 36   | 38   | 41   | 42   | 36   |
| Nieder-<br>länder          | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | 42   | 42   | 48   | 48   | 46   | 46   | 45   |
| Rumänen                    | 12   | 11   | 10   | 13   | 15   | 15   | 15   | 14   | 12   | 16   | 16   | 25   | 26   | 24   |
| Russen                     | 21   | 20   | 19   | 17   | 23   | 24   | 22   | 18   | 16   | 22   | 24   | 30   | 34   | 32   |
| Schweden                   | 52   | 49   | 43   | 41   | 44   | 46   | 48   | 42   | 39   | 43   | 44   | 45   | 44   | 41   |
| Serben                     | 15   | 16   | 13   | 14   | 17   | 18   | 17   | 15   | 12   | 18   | 19   | 29   | 31   | 28   |
| Slowaken                   | 38   | 39   | 36   | 34   | 42   | 42   | 43   | 41   | 36   | 44   | 48   | 51   | 51   | 49   |
| Tschechen                  | 44   | 45   | 41   | 44   | 47   | 50   | 50   | 49   | 46   | 52   | 53   | 53   | 53   | 51   |
| Türken                     | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -    | 14   | 17   | 18   | 28   | 28   | 29   |
| Ukrainer                   | 16   | 15   | 13   | 16   | 19   | 22   | 19   | 29   | 23   | 24   | 25   | 34   | 34   | 32   |
| Ungarn                     | 48   | 47   | 44   | 44   | 47   | 48   | 45   | 43   | 39   | 45   | 45   | 48   | 49   | 46   |
| Vietname-<br>sen           | -    | -    | 20   | 21   | 23   | 24   | 19   | 17   | 15   | 18   | 18   | 28   | 29   | 30   |

CBOS, BS/1372011: Stosunek Polaków do innych narodów [Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 02/2011.  
www.cbos.pl

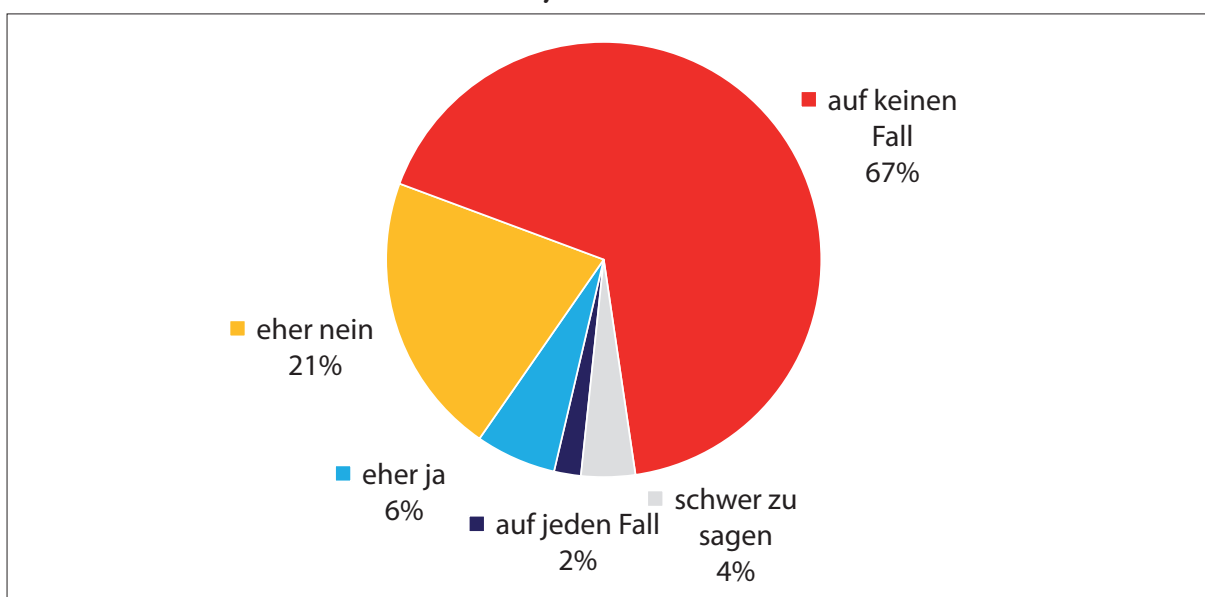
## Die polnische Bevölkerung zur Intervention der NATO in Libyen

Grafik 9: Halten Sie den Einsatz von Militärflugzeugen in Libyen unter der Führung der NATO für richtig?



Quelle: CBOS, BS/47/2011: Polacy o sytuacji w Libii [Die Polen über die Situation in Libyen]. Warszawa 04/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Grafik 10: Sollte Polen Soldaten nach Libyen schicken?



Quelle: CBOS, BS/47/2011: Polacy o sytuacji w Libii [Die Polen über die Situation in Libyen]. Warszawa 04/2011. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

## CHRONIK

## Vom 21. Juni bis zum 4. Juli 2011

|            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 21.06.2011 | Bundeskanzlerin Angela Merkel und zehn Minister, darunter Außenminister Guido Westerwelle, Wirtschaftsminister Philipp Rösler, Kulturstatsminister Bernd Neumann und Staatsministerin Cornelia Pieper, sowie sechs Staatssekretäre nehmen an den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Warschau teil. Aus Anlass der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vor 20 Jahren findet in Warschau außerdem eine deutsch-polnische Kabinettsitzung statt. Ein Ergebnis ist, dass beide Länder künftig intensiver zusammenarbeiten und ein Vorbild für die politische und wirtschaftliche Einheit in Europa sein wollen. Die Ressorts unterzeichnen verschiedene Kooperationsabkommen. Es werden eine Gemeinsame deutsch-polnische Erklärung und ein Programm der Zusammenarbeit mit 92 Zukunftsprojekten verabschiedet.                                                                                                |
| 21.06.2011 | Die von der Europäischen Kommission berufene Jury wählt unter den polnischen Kandidaten Breslau zur Kulturhauptstadt Europas 2016. Außerdem wird in der kommenden Woche eine spanische Stadt bestimmt werden.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| 22.06.2011 | Finanzminister Jacek Rostowski spricht sich in einem Radiointerview dafür aus, dass die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) die EU-Finanzmittel am Währungsmarkt verkauft, um die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Dies sei ein Mittel, die Inflation zu beherrschen. Nach Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) in der vergangenen Woche waren die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen im Mai um 5 % im Vergleich zu Mai 2010 gestiegen. Verglichen mit April 2011 betrug die Steigerung 0,6 %.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
| 23.06.2011 | Verteidigungsminister Bogdan Klich kündigt den vollständigen Abzug der polnischen Truppen aus Afghanistan bis Ende 2014 an. Ab 2012 werde die Mission weniger Kampfeinsätze ausführen und sich zunehmend auf Schulungen konzentrieren.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 23.06.2011 | In Breslau beginnt der dreitägige I. Polnisch-Russische Medienkongress, der vom Zentrum für Polnisch-Russischen Dialog und Verständigung (Centrum Polsko-Rosyjskiego Dialogu i Porozumienia) veranstaltet wird. Der Kongress, der regelmäßig stattfinden soll, soll ein Kommunikationsforum für polnische und russische Medienvertreter sein. Weitere Teilnehmer sind der polnische Kulturminister und sein russischer Amtskollege, der polnische Ko-Vorsitzende der Polnisch-Russischen Gruppe für Schwierige Angelegenheiten (Polsko-Rosyjska Grupa ds. Trudnych) und von russischer Seite der stellvertretende Ko-Vorsitzende.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| 25.06.2011 | Auf dem Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) zur Eröffnung des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen im Herbst stellt der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Waldemar Pawlak, Parteivorsitzender der PSL, die Prioritäten der Partei vor. Dazu gehören die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen durch die Stärkung der Wirtschaft, die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Polen, die Stabilisierung der Beschäftigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Anstieg der Renten und die Unterstützung für ältere Menschen. Die PSL unterscheide sich von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) durch ihre soziale Herangehensweise an wirtschaftliche Fragen, von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) durch ihr Verständnis des Begriffs Patriotismus und von der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) durch ihre größere soziale Sensibilität. |
| 26.06.2011 | Auf ihrer Parteikonferenz stellt Polen ist am Wichtigsten (Polska Jest Najważniejsza – PJN) 55 programmatische Vorschläge vor. Dazu gehören die Empfehlungen, die Zahl der Abgeordneten um die Hälfte zu reduzieren, das Instrument des Referendums stärker wahrzunehmen, die Wahlordnung zu ändern und die Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen zu verbreitern.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| 27.06.2011 | Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Sławomir Rybicki, kündigt an, dass die ehemalige Mitgründerin und Vorsitzende von Polen ist am Wichtigsten (Polska Jest Najważniejsza – PJN), Joanna Kluzik-Rostowska, in die PO aufgenommen wird.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
| 27.06.2011 | Die Kanzlei von Ministerpräsident Donald Tusk gibt bekannt, den Bericht des Untersuchungsausschusses zum Flugzeugabsturz von Smolensk im April 2010 erhalten zu haben. Der Sprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Adam Hofman, wertet die Bekanntgabe als Reaktion darauf, dass PiS angekündigt hatte, in der laufenden Woche ein Weißbuch zur Frage der Regierungsverantwortung für den Flugzeugabsturz zu veröffentlichen. Bei dem Absturz verunglückten der damalige Staatspräsident Lech Kaczyński sowie 95 Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens in Polen tödlich.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| 29.06.2011 | Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, und der Vorsitzende der Parlamentariergruppe zur Untersuchung der Ursachen des Flugzeugabsturzes von Smolensk im April 2010, Antoni Macierewicz, stellen das vor wenigen Tagen angekündigte Weißbuch zu dem Flugzeugunglück vor. Demnach liege die Hauptverantwortung für den Absturz bei Russland und bei der polnischen Regierung.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |

|            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 30.06.2011 | Die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ Solidarność) ruft in Warschau zu einer Demonstration unter dem Motto »Eure Macht – unsere Armut« auf. Nach Angaben der Veranstalter nehmen 80.000 Demonstranten teil; Medien melden 30–40.000 Teilnehmer. Der Termin der Demonstration, einen Tag vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen, war bewusst gewählt worden, da sich die Veranstalter ein internationales Medienecho erhofften. Piotr Duda, Vorsitzender der Landeskommission (Krajowa Komisja) der Gewerkschaft, zeigt sich nach einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk und Michał Boni, dem Vorsitzenden der Strategischen Beratergruppe beim Ministerpräsidenten, zuversichtlich, dass die Forderungen der Gewerkschaft gehört worden seien. Tusk habe die Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen vorgeschlagen. |
| 30.06.2011 | Der Sejm lehnt den Bericht des Landesrundfunk- und Fernsehates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) für das Jahr 2010 ab. Dies hatte vorher auch der Senat getan. Sollte der Staatspräsident die Entscheidungen innerhalb von 14 Tagen bestätigen, muss ein neuer Rat gewählt werden. Der KRRiT besteht aus fünf Mitgliedern: Zwei wurden von Staatspräsident Bronisław Komorowski empfohlen, zwei von der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und eines von der Polnischen Bauernpartei (Polские Stronnictwo Ludowe – PSL).                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| 01.07.2011 | Polen übernimmt zum ersten Mal die sechs Monate dauernde Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. In einem Artikel für die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« hebt Ministerpräsident Donald Tusk hervor, dass zurzeit das Wichtigste sei, das Vertrauen in Europa wiederzubeleben.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| 03.07.2011 | Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, bezeichnet das Schlesiertum auf einer Veranstaltung von PiS in Kattowitz als eine wichtige Form des Polentums, es bestehe kein Widerspruch zwischen Polentum und Schlesiertum. Im März hatte PiS im »Bericht über die Lage des Staates« das Bekenntnis zum Schlesiertum als Distanzierung vom Polentum und als »getarnte deutsche Option« interpretiert. Darüber hinaus kündigt Kaczyński im Fall eines Wahlsiegs von PiS bei den Parlamentswahlen im Herbst an, das Energie- und Klimapakett der Europäischen Union zu blockieren und die Entwicklung des Bergbaus in Polen zu fördern.                                                                                                                                                                                                               |
| 04.07.2011 | In Warschau beginnt eine zweitägige Konferenz der Vorsitzenden der Sicherheitsausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. Thematisiert werden die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |



## ÜBER DIE POLLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)